

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Bräuer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: H. Wiehle, Linden-Gannover.
Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: H. Wiehle, Linden-Gannover, Falkenstr. 18. Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 35.

Gannover, den 1. September 1894.

4. Jahrgang.

Zur Beachtung!

Wir geben nochmals bekannt, daß anonyme Schreiben, sowie Berichte, welche aus Orten kommen, wo sich ein Zweigverein oder eine Filiale befindet, und die vom Vorstand nicht unterzeichnet und gestempelt sind, keine Aufnahme im Organ finden. Aus anderen Orten nehmen wir ebenfalls nur Berichte auf, welche uns von uns bekannten Mitgliedern zugehen.

Die Redaktion der „Bräuer-Zeitung“.

Antiboykottverein.

III.

Nun werden die Wirkungen des Boykotts, von denen nach den Berichten bürgerlicher Blätter meistens nichts oder doch nur sehr wenig zu verspüren sein soll, einer Betrachtung unterzogen.

Der Verfasser sagt: „Der Boykott lähmt und beeinträchtigt Produktion und Absatz auf der einen Seite und steigert den Absatz, „vielleicht auch die Produktion“ (als ob nicht an und für sich gesteigerter Absatz gesteigerte Produktion mit sich brächte), auf der andern Seite. Es wird also die Konjunktion des Bieres nicht etwa vermindert, sondern regelwiegend verschoben. Absolut betrachtet, entsteht durch den Boykott meist überhaupt kein wirtschaftlicher Schaden, es werden nicht in der Weise Güter vernichtet, wie durch eine Feuerbrunst oder einen Hagelschlag; der angerichtete Schaden ist vielmehr ein relativer, nämlich für den heimgekehrten Brauereibesitzer.“

Auch hier täuscht sich der Herr Doktor, ob absichtlich oder unabsichtlich, ganz gewaltig. Die Berliner Bierkönige, Köfide an der Spitze, billigen in dieser Beziehung jetzt wahrscheinlich anderer Meinung geworden sein. Sie dürften bereits empfunden haben, daß der Berliner Bierkrieg nicht nur relativ, sondern auch absolut sehr gut, wenn auch nicht für sie, gewirkt hat. Das Geträdel, vor dem die Fische in der Spree und die Ratten in den Berliner Straßenläden, in Vorahnung der Dinge, die da kommen werden, bereits Reißhaus nahmen, hat seinen Zweck diesmal sicher vollständig verfehlt.

Da, wie bereits erwähnt, nach Ansicht des Herrn Doktor kein absoluter Schaden entsteht, so ist es die Pflicht und die Aufgabe des Boykottvereins, den relativen gegenseitig auszugleichen. Wie dies bewerkstelligt werden soll,

hat für uns wenig Interesse, aber desto bemerkenswerther ist, was der Verfasser in einer Anmerkung betreffs des Biervertriebes einer boykottierten Brauerei für „Vorschläge“ macht. Er schreibt wörtlich:

„Noch vollkommener ist diejenige Form, daß der Verein während des Boykotts dem Boykottierten den ihm durch den Boykott entzogenen Theil seines Bierabfages abkauft und zu Zwischenhandels- (Wirths-) Preisen bezahlt. Der Boykottierte liefert also das Quantum Bier, welches jener des Verfalls wegen an Wirths z. nicht verkaufen kann, und der Verein läßt dieses Bierquantum durch seine Mitglieder vertreiben, welche ein nach Ort und Güte „gleichwerthiges Bier“ führen. Die Mitglieder empfangen Entschädigung für die ihnen durch den Vertrieb des fremden Bieres erwachsenden Inconvenienzen, namentlich wegen des dadurch geminderten Absatzes des eigenen Bieres. Wenn der Boykottverein den brachgelegten Theil des Bierabfages übernimmt, wird auch ein weiterer Boykottschaden durch Verderben leicht eingebrachten Bieres verhütet.“

Und nachdem man Derartiges empfiehlt, nachdem die ganzen „Vorschläge“ doch bloß darauf hinausgehen, den Arbeiter zu täuschen, ihn zu hintergehen, wagt es die ganze bürgerliche Presse, über die „Brutalität“ und „Anmaßung“ der „Bierschnüffler“ herzufallen. Wenn es der Beweise, wie es gemacht wird, noch bedürft hätte, hier haben wir sie von einer Seite, deren gute Absicht nicht angezweifelt werden wird, und diese Beweise werden und müssen die Arbeiter zu noch größerer Wachsamkeit anspornen.

Der Herr Doktor stößt dann folgenden Schmerzensruf aus:

„Leider ist nicht wenigen Brauereibesitzern der kollegialische Sinn so weit abhanden gekommen, daß sie einem Boykottverein der Berufsgenossen deshalb nicht beitreten wollen, weil sie bei einem ausgebrochenen Boykott im Trüben zu fischen gedenken und auf die Boykottierten spekuliren. Die Verjüngung hierzu tritt besonders an die auswärtig wohnenden, in das Boykottgebiet importirenden Brauereibesitzer heran. Sind dieselben aber Mitglieder des Boykottvereins, so dürfen sie nach der Sägung desselben den auswärtigen Kollegen solche illegitime Konkurrenz nicht bereiten.“

In der Ansicht, daß dem Unternehmertum der kollegialische Sinn vollständig abhanden gekommen ist,

stimmen wir mit dem Verfasser überein, denn es ist durchaus kein kollegialischer Sinn, noch viel weniger aber ein kollegialisches Handeln, wenn Köfide und Genossen jährlich so und so viele kleine und mittlere Brauereien auf die schmutzigste Art und Weise zu Tode konkurriren. Wo sollte denn überhaupt das Großunternehmertum diesen kollegialischen Sinn hernehmen? Dieses Großunternehmertum, das Alles vernichtet und zertrümmert? Oder sollte vielleicht die Couponabschneider ein kollegialischer Sinn beherrschen, sie, deren einziges Streben und deren einzige Sorge doch nur recht fette Dividenden sind, gleichviel, wie diese „verdient“ werden? Die kleinen und mittleren Brauereien, die sich von einem Herrn blenden lassen, die mit diesem Generalausperer gemeinschaftliche Sache machten, sie werden jetzt bereits fühlen, was sie diesem zu „verdanken“ haben. Und die in der Provinz? Diese werden sich hüten, sich auf den kollegialischen Sinn des Herrn Köfide und den des Dr. jur. Freudenstein in Münden zu verlassen.

Diesemigen aber, die mit Köfide und Genossen nicht einverstanden sind und sich deshalb von diesen auch nicht auf Eis führen lassen, sind als Gegner des Boykottvereins zu behandeln, denn sie verurtheilen zum Theil den vom Verein zu erstattenden Boykottschaden, indem sie die Wirthschaftlichkeit des in Beruf erklärten Brauereibesitzers an sich ziehen, sagt der Verfasser weiter und fragt, mit welchen Mitteln sich nun ein Boykottverein solcher dem Boykottierten in die Flanken fallenden Brauereien zu wehren hat.

Die Antwort, die hier der Herr Doktor giebt, ist eben so einfach wie interessant. Er sagt:

„Sobald der Boykott unvermeidlich ist, überweist die von letzterem bedrohte Brauerei diejenigen ihrer Wirths und Flaschenbierhändler, welche im Boykottfalle abzuwenden werden, als Kunden an die im Boykottverein verbundenen Brauereien. Diese suchen sich also möglichst rasch in den Besitz der Kundenschaft des Boykottkandidaten zu setzen (für diesen Zweck, nämlich die Kundenschaft des Boykottierten sofort zu okkupiren, muß schon bei drohendem Beruf ein sofort zu vollstreckender Feldzugsplan (à la Moskwa) festgestellt werden. Alles kommt dabei auf die Schnelligkeit an) und zwar auf Rechnung des Vereines, in dessen Kasse der so gemachte Geschäftsgewinn fließt. Der Vereinsvorstand bezw. eine Kommission kann auch der Ordnung halber es in die Hand nehmen und sichten, in welcher Weise die

Bojarencherze.

Novelle aus dem russischen Leben von Eduard Wilde.

6) (Nachdruck verboten.)

Der Anjäs weiß und will, daß sein Wolodja standesgemäß lebe und der Welt zeige, daß der Fürst Wolkonski immer noch einer der reichsten Bojaren Rußlands ist. Aber Kolja, der Sohn des Dorfwirths, ein Bauerkind — was heißt denn bei dem standesgemäß leben? Der muß studiren, studiren, daß ihm der arme Kopf dampft, und sich durchschlagen bei Kohlsuppe und Grobbröd und kleinem Stubenwinkler, daß er fertig wird in möglichst kurzer Zeit, um sich auf eigene Beine zu stellen. Freilich, der alte Ossip hat Geld, er besitzt mehrere Tausend in guten Werthpapieren und das Wirthshaus wirft schönen Gewinn ab; aber was zu viel ist, ist zu viel! Wenn es so fortgeht, mehrere Jahre noch, wenn sich die Ausgaben mit der Zeit noch steigern — Ossip Petrowitsch hemmt wie erschreckt den Schritt, die Hand zupft nervös an den gelben Fäden des Warts. Sollte der Kolja etwa — die Großstadt mit ihren Lastern und Verführungen — nein es kann nicht möglich sein — ein so stiller, fromm erzogener Junge, der niemals Neigung zu einer wirklichen Untugend, zum Leichtsinne — nein, nein, das thut der Kolja seinem alten Vater nicht!

Aber auch mit Venuscha beschäftigt sich des Alten unruhiger Sinn. Auch in ihren Briefen, die in der letzten Zeit übrigens kürzer und seltener werden, steht so oft etwas von einem neuen Kleid und neuen Hut und dergleichen; freilich nur in einem bescheidenen Wink, in plaudernder Erwähnung äußert sie ihren Wunsch; aber es bleibt doch ein Wunsch, und wenn ihn der gute Vater erfüllt, so kostet's Geld. Dabei spricht Venuscha von neuer Umgebung, vom Verkehr in besserer Gesellschaft, dem sie sich nicht entziehen kann und darf, und da der alte Ossip weder dumm noch geizig ist — er ahnt mindestens, daß gebildete Menschen besseren Verkehr haben müssen — so schickt er

den Kindern Geld und schickt es immer wieder, wenn sie darum bitten, und mit dem Gelde ernste väterliche Ermahnungen, die hoffentlich auf fruchtbaren Boden fallen.

Gevatter Matwei ist mit der jüngsten Geldsendung nach Moskau gereist und Ossip Petrowitsch erwartet ihn heute zurück. Der Alte will sich Gewißheit verschaffen, ob alles in Ordnung bei den Kindern, denn er wird in letzter Zeit eine schlechende Unruhe nicht los und böse Träume quälen ihn. Gevatter Matwei ist mit der geheimen Mission betraut, klug und vorsichtig zu ergründen, ob das viele verbrauchte Geld auch gutem, notwendigen Zweck gedient und ob nicht leichtfertige Verschwendung bei Kolja, weibliche Eitelkeit bei Venuscha daran Antheil gehabt, und wie es den Kindern sonst geht.

Mit imponirendem Selbstbewußtsein hat Matwei versprochen, alle wünschenswerthe Auskunft für den besorgten Vater mitzubringen. In steigender Ungeduld harret er seiner Rückkehr.

Da — es raselt die Dorfgasse herunter, Staubwolken wirbeln auf, des alten scharfes Einauge erkennt schon von weitem Pferd und Wagen, Matwei ist zurück von Moskau! Und in heiterster Stimmung scheint er zu sein. Er knallt mit der Peitsche und krächzt dazu das alte bekannte Volkslied: „Moskau, Moskau, du weißgemauerte Stadt!“ Beim Anfahren schneidet er einen eleganten Bogen um den Vorplatz herum — nun hält der Wagen vor der Gasthausstür; mit drolliger Wichtigkeit, als hätte er eine Reise um die Welt beendet, schaut Gevatter Matwei schweigend auf den Alten herab, der schnell hinzugeeilt.

„Zdrastwui, Butjuscha — sei gegrüßt, Väterchen!“ ruft er dann, vom Wagen springend. Viele Grüße von Kolja und Venuscha und — ich bin wieder da! Alles Uebrige — o, Väterchen, ich habe Dir viel zu erzählen, habe meine Sache gut gemacht wie ein Taschenspieler, wie ein Advokat — alles Uebrige drinnen beim Gläschen Wodka, das Du auf die guten Nachrichten gerne zum Besten giebst — meine Keschle ist verstaubt, ausgetrocknet.“

Ossip Petrowitsch ruft einen Knecht zur Beforgung des Pferdes herbei, den schwächenden, gestikulirenden Wether zerrt er beim Nackzipfel so nach in die Stube.

Hier reicht er ihm einen Messingbecher voll Schnaps, aus welchem Matwei mit üblicher Trinkergrünasse einen tiefen Zug thut. Nach langen Schnalzen, Mundwischen und Räuspfern beginnt der „Weitgereiste“ endlich:

„Du, Alter — ich sage Dir — großartig! — und dabei reißt er die Augen auf, sperrt den Mund, seine ganze Physiognomie prahlt mit — großartig, Väterchen! Ich spreche nicht von der Stadt und von der Pracht und von den Kirchen und dem Menschentrübel, ich meine, Deine Kinder, Väterchen, leben großartig! Gesund, frisch — selbstverständlich. . . . Aber dieses Ansehen, diese Ehre!

Ja ist zuerst der Kolja. Verkehrt nur mit Fürstengrafen- und Gouverneurssöhnen. Nein, Alter, was ist Dein Sohn für ein feiner, nobler Herr geworden — man kriegt schon beim bloßen Anschauen eine Scheu vor ihm, als habe man einen leibhaftigen Bojaren vor sich! Ja, das kommt von der großen Stadt, von der Schule und von dem feinen Verkehr. . . .

Wie ich gesagt: Fürstengrafen- und Grafensöhne, das sind so seine gewöhnlichen Freunde — und umgehen soll er mit ihnen wie mit Seinesgleichen; sie sollen auch alle große Stücke auf ihn halten, weil er so 'nen Kopf und Geist hat, weil er viel mehr weiß und kann, als die hochgeborenen Herren alle zusammen — und dann sollen sie ihn mitnehmen zum Vergnügen auf die feinsten Stellen, und er soll überall das große Wort führen. Väterchen, aus Deinem Sohn wird noch etwas berühmtes, wie man das so nennt! . . .

Und weißt Du, wer sein bester Freund und Kamerad ist, der ihn so hoch in die Bojarengesellschaft eingeführt hat? Höre und schlage die Hände über dem Kopf zusammen: kein geringerer als der junge Fürst von Wolodja, der Sohn des Alten von Wolkonski! . . .

(Fortsetzung folgt.)

Rundschau des vom Boykott Bedrohten unter die Vereinsmitglieder „verteilt“ werden soll, denn dieses und der zu erzielende Geschäftsgewinn ist Vereinsache“.

Man sieht aus diesen Ausführungen, daß „Geschwindigkeit“ bei dem Herrn Doktor keine Forderung ist. Er vertheilt die Wirths- und Flaschenbierlundschaft nur so nebenbei und glaubt, die theilhaftigen Personen lassen sich dies mir nichts dir nichts nur so gefallen. Was für einen Respekt der Herr Doktor übrigens vor den Wirthen und Flaschenbierhändlern außerdem hat, darauf werden wir später noch zu sprechen kommen.

Sollte nun aber dennoch eine nicht dem Boykottverein angehörende Brauerei nach Wirths- und Flaschenbierlunden des Boykottirten trachten oder solche schon gewonnen haben, so muß der Verein durch seine Mitglieder jede mögliche loyale Konkurrenz machen. Es ist eine Frage der Existenzfähigkeit eines Kartellverbandes, daß er unter Umständen auch gegen die draußen stehenden Berufsgenossen energisch Front macht“, sagt der Verfasser weiter und zitiert dann Kleinwächter, der sich über diesen Punkt folgendermaßen vernehmen läßt:

„Andererseits ist aber der Zweck jeder Vereinigung nur der, die Theilnehmer zu einem gewissen übereinstimmenden und solidarischen Handeln zu veranlassen und muß daher jede Vereinigung nach Machtmitteln streben, um die säumigen und widerstrebenden Genossen zur Erfüllung ihrer Verpflichtung anhalten zu können.“

Den Unternehmern ist also jedes Mittel geboten, ihre Zwecke erreichen zu können. Es wird nicht nur „loyale“ Konkurrenz, sondern auch energisches Frontmachen gegen die Außenstehenden, gegen die, die sich nicht gutwillig als Werkzeuge der Großen opfern lassen wollen, empfohlen. Denn eine Vereinigung muß nach „Machtmitteln“ streben, um die „säumigen“ Genossen gegebenen Falls zwingen zu können. — Und hier giebt es kein Gesetz, das den Herrschergelächsten dieser Herren Unternehmer Schranken zu setzen im Stande wäre. Sie können sich vereinigen, sie können Verbände gründen, sie können ihre Genossen vernichten, Niemand wird und kann ihnen deshalb etwas in den Weg legen. Wie sieht es dagegen bei uns aus? Auch wir besitzen dem Buchstaben des Gesetzes nach freies Vereinigungsrecht. Und so sind wir ansehnlich auch berechtigt, dahin zu streben, um eine Verbesserung unserer Lage herbeizuführen. Wie aber dieses unser Recht von Seiten des Unternehmertums respektirt wird, darüber geben uns die Massenaußperkungen in Berlin und Braunschweig die deutlichsten Beweise. Denn warum hat man denn dort alle die vielen Hunderte dem Hunger, der Noth und dem Elend überantwortet? Einzig und allein deshalb, weil sie von ihrem ihnen gesetzlich garantirten Recht Gebrauch machten und sich vereinigten, um ihre Lage zu verbessern. Und kein Richter und kein Staatsanwalt hat sich gefunden, der den Unternehmern, diesen Gesetzesverleßern, Einhalt geboten hätte. Der Arbeiter steht ohne Hilfe da, nur auf sich und seine Macht, die er in der Organisation findet, angewiesen.

Der Verfasser kommt dann auf den Gewinn, den ein in sich geschlossener Boykottverein macht, zu sprechen und wie der Boykottschaden ersetzt werden soll.

Wenn der Boykott vorüber ist, so soll die Wirthschaft wieder auf den früheren Inhaber übertragen werden, was nach Ansicht des Herrn Verfassers mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte, was auch wir ihm gerne glauben, denn wie ein Kaufobjekt werden sich die Wirths wahrscheinlich vorerst doch noch nicht behandeln lassen wollen.

Wichtig ist die Frage über die Stellung und über die Befugnisse des Vereins zu den Forderungen der Arbeiter, welche diese mit Boykottirten zu erzwingen suchen, sagt der Herr Verfasser weiter und kommt zu dem Resultat, daß das Recht, diese Ansprüche zu bewilligen oder abzulehnen, nur der Brauereibesitzer, bei welchem Forderungen gestellt werden, haben kann, da nur er weiß, wie die Produktionsbedingungen und die Rentabilität seines Geschäftes beschaffen sind, und ob die Forderungen der Arbeiter auch erfüllt werden können. (Bekanntlich können die Forderungen der Arbeiter niemals erfüllt werden.) Vor ausgetrochnem Boykott hierüber zu beschließen, wie es bis jetzt bei den bereits bestandenen Boykottvereinen der Fall war, sei ein Fehler und kann dazu dem Verein keine Befugnisse eingeräumt werden.

Auch „absichtlich“ oder durch „Arglist“ könnte ein Boykott veranlaßt werden, und obwohl ein solcher Fall einer gewissen Herbeiführung eines Verfalls aus Gewinnsucht in der Praxis nicht vorkommen dürfte, so empfiehlt der Herr Doktor doch eine Verwirkungsklausel gegen solchen „Spekulationsboykott“. Die Herren trauen sich also, wie es scheint, gegenseitig doch nicht recht, denn der Herr Doktor muß doch seine Pappenheimer kennen.

Ferner kann kein Brauereibesitzer Anspruch auf Boykottentschädigung gegen den Verein erheben, wenn er seine eigne geltende Lohn- und Arbeitsordnung den Arbeitern gegenüber nicht einhält, die darin enthaltenen Zugeständnisse widerrechtlich zurückzieht und dadurch den Boykott herbeiführt.

Möchten sich obigen Satz nicht vielleicht die Braunschweiger Herren etwas näher ansehen? Denn was hat denn dort die Veranlassung zum Boykott gegeben? Nichts als das Nichthalten der vor zwei Jahren gemachten Zugeständnisse von Seiten dieser Musterunternehmer. Und weil die organisirten Kollegen das, was man ihnen damals gewährt hatte, auch haben wollten, ist man, wie geschähen, gegen sie vorgegangen. Diese Herren haben also ihre Zugeständnisse widerrechtlich zurückgezogen, haben dadurch den Boykott herbeigeführt und können deshalb nach den „Vorschlägen“ des Herrn Doktor keine Ansprüche auf Boykottentschädigung machen. Wie viele sonst noch von diesen Unternehmern eben so willkürlich wie die Braunschweiger handeln, und wie wenige sich um das, was sie selbst zu-

gestanden haben, kümmern und die deshalb von Zeit zu Zeit durch die „Kommissionen“ der organisirten Arbeiter an ihre Pflichten erinnert werden müssen, wollen wir heute nicht weiter untersuchen.

Neunter Verbandstag des österr. Brauer-Verbandes (Gehilfsverein)

abgehalten am Sonntag, den 19. August 1894 in Wien, Mayer's Restauration, IV. Bezirk, Favoritenstraße 40, mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung der Delegirten und Gäste durch den Obmann.
2. Eröffnung des Delegirtentages laut Satzungen des Verbandes.
3. Jahresbericht des Kassirers.
4. Wahl einer Prüfungskommission, die sofort Kasse und Bücher zu prüfen hat.
5. Neuwahl des Gesamtvorstandes und Ausschusses.
6. Antrag zur Aenderung der Statuten der §§ 6, 7 und 21.
7. Antrag über Anschaffung einer Vereinsfahne.
8. Antrag über Anschaffung einer Verbandschleife.
9. Antrag über Anschließung des steiermärkischen Braugehilfs-Unterstützungs-Vereins.
10. Antrag über die Verbandszeitung.
11. Wahl des Ortes, an dem der nächstjährige Delegirtenstag stattzufinden hat.

Um 4 Uhr eröffnete der Obmann Edert den Verbandstag mit einer herzlichen Begrüßung der Anwesenden. Der Gründer unseres Verbandes — führte er weiter aus — war Kollege Marek, welcher im Jahre 1886 nach Wien kam, um den Grundstein einer Organisation zu legen. Am Pfingstsonntag vor acht Jahren fand in Wien der erste Delegirtenstag zur Konstituierung des österr. Brauer-Verbandes in Wien statt. Die Zahl der Mitglieder betrug damals 200, worauf in kurzer Zeit sich 600 einschreiben ließen, so daß in einem Jahre der Verband an 1000 Mitglieder zählte. Auch wurden im ersten Jahre viele Zweigvereine gegründet, wie in Salzburg, Tirol, Eggenburg, Pest u. s. w., wovon wir heute nur mehr den in Pest besitzen.

Auch die Zahl der Mitglieder ist sehr stark gesunken, dies ist ein trauriges Zeichen dafür, daß die Kollegen für unseren Verband nicht das gewünschte Interesse haben. Sie sehen auf allen Seiten die Verschlechterungen unserer Lage. Diesem können wir aber nur durch Einigkeit und festes Zusammenhalten entgegenwirken. Ich ersuche deshalb, daß sich alle Kollegen bemühen, die Fernstehenden dem Verband beizuziehen. Begrüßungsschreiben sind eingelangt von Berlin, Pest, Graz, Linz und Weiz. Nach Verlesung der eingelangten Schreiben erstattete der Kassirer seinen Bericht, welcher durch eine gewählte Prüfungskommission geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassirer und Ausschuss Absolutorium ertheilt wurde.

Der Kassenbestand betrug im August 1893 fl. 1530,06. Verbleibt Kassenstand im August 1894 fl. 1373,40. Zweigverein Pest fl. 148,01. Fahnenfonds fl. 57,26. Summa fl. 1578,67.

Bei Punkt 5: Neuwahl der Funktionäre, ergriff Gen. Kleodorfer das Wort. Derselbe führte den Zweck und Nutzen an, warum sich die Arbeiter eigentlich organisiren. Besonders in den Brauereien sei es nothwendig, eine feste Widerstandsorganisation zu bilden, wozu aber hauptsächlich ein fester leitender Körper und ein tüchtiger Ausschuss nothwendig ist. Er zergliederte den Kampf der deutschen Braugehilfsorganisation sowie des deutschen Proletariats überhaupt gegen die Brauereibesitzer. Die Kollegen Deutschlands wären gewiß nicht in der Lage gewesen, einen so mächtigen Kampf mit den Unternehmern zu führen, wenn sie sich auf demselben Standpunkt gestellt hätten, wie die Wiener Braugehilfen bisher standen, daß sie eine chinesische Mauer um sich zögen und von einer Vereinigung mit anderen Branchen nichts wissen wollten. Nur durch eine solche Verbindung mit den übrigen Branchen ist es den deutschen Kollegen gelungen, diesen Kampf durchzuführen. Der Streik der Grazer Braugehilfen giebt ihnen ebenfalls das Beispiel. Ganz gewiß hätten die Brauereibesitzer nicht schon in 7 Tagen die, wenn auch sehr bescheidenen Forderungen bewilligt, wenn dieselben gesehen hätten, daß die Braugehilfen allein stehen. Da sie aber sahen, daß sie es hier mit der ganzen Arbeiterschaft zu thun hatten, zogen sie es vor, das kleinere Uebel von beiden zu wählen und die Forderungen zu bewilligen.

Kleodorfer ersuchte daher den Verbandstag, diese Verbindung anzustreben und den neuen Vorstand zu beantragen, dies durchzuführen zum Nutzen der gesammten Braugehilfen Oesterreichs. (Beifall). Kollege Adamer aus Graz zergliederte, welche Stellung der Grazer Verein früher eingenommen hatte, und bemerkte, daß die dortigen Kollegen schon lange überzeugt sind, daß gewerkschaftlich organisirt werden müsse, um es dahin zu bringen, seien auch die Hilfsarbeiter in die Organisation mit einzubeziehen, wenn die Organisation etwas Erprobliches für die Kollegen leisten soll. (Allg. Beifall). Nach der Wahl des Obmannes, die wieder den Kollegen Edert traf, wurden sämmtliche Funktionäre sowie Ausschussmitglieder wieder gewählt. Bei der Statutenänderung wurde beschlossen, daß das Reiseschekel nicht nur für Brauer, sondern für alle Kategorien (Hilfsarbeiter) gelten soll. Die übrigen Paragraphen, bis auf § 21, welcher nicht geändert wurde, kamen nach dem Vorschlage des Vorstandes zur Annahme. Der Antrag zur Anschaffung einer Verbandsfahne wurde abgelehnt und beschlossen, daß eine Verbandschleife mit einem Kranzblumenkranz angeschafft werde, um, wenn ein Mitglied stirbt, demselben die letzte Ehre damit zu erweisen. Des Weiteren wurde die Verbindung mit dem steiermärkischen Braugehilfs-Unterstützungsverein hergestellt. Bei Punkt 10, Antrag über die Verbandszeitung, wurde beschlossen, sich dem Lebensmittelorgan „Der Zeitgeist“ anzuschließen und den Kollegen Edert als Miteigentümer zu nominiren. Die Eintragung der Delegirten war eine vorzügliche und

wurde allgemein anerkannt, daß danach getrachtet werden muß, die Brauergehilfen Oesterreich-Ungarns gewerkschaftlich zu organisiren, und daß die Daselei des guten Einvernehmens abgelegt werden müsse.

Hoffen wir, daß dieser Verbandstag wirklich die ersten Bestimmungen, die er gefaßt hat, auch durchführen wird zum Nutzen aller Arbeiter in den Brauereien. Jeder Braugehilfe soll sich denken, daß er allein nichts, verbunden aber mit den übrigen Brüdern, alles im Stande ist, durchzuführen, weshalb wir ihnen die Worte des großen Wissenschaftler Karl Marx ins Gedächtniß rufen wollen: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch.“

So der Bericht unseres Bruderorgans „Der Zeitgeist“, Organ der Nahrungsmittelarbeiter Oesterreichs.

Nach wir Arbeitsbrüder in Deutschland gratuliren unseren österreichischen Kollegen zu ihren fortschrittlichen Beschlüssen auf das Allerherzlichste. Mögen sie auf der eingeschlagenen Bahn muthig vorwärts schreiten, möge der österreichische Brauerverband zeigen, daß er für die Interessen seiner Mitglieder, für die Interessen seiner Arbeitsbrüder eintreten will, denn wir wissen, auch die Kollegen in Oesterreich werden der Organisation nun mit Freuden beitreten. Die Zustände in den Brauereien Oesterreichs sind noch trauriger als in Deutschland, es bedarf deshalb der festesten Organisation, um wirklich Abhilfe zu schaffen, die Arbeiter Oesterreichs werden gewiß nicht die letzten sein, welche den Brauereiarbeitern dabei behilflich sein werden. Die riesenhafte Ausbeutung, die elendeste Behandlung, welche bisher die Brauer zu erdulden hatten, wird und muß jedem nur etwas einsichtigen Kollegen zeigen, daß von Humanität und gutem Einvernehmen auch in Oesterreich keine Spur ist. Geschiedert haben die Brauereien den Gehilfsstand dadurch, daß sie billige, willige Slovaken einstellten. Wir rufen den Kollegen Oesterreichs, dem Vorstand des Verbandes ein herzliches Willkommen in den Reihen der Arbeiter entgegen, mögen sie nun mit Kraft, Muth und Ausdauer für den Ausbau der Organisation sorgen! Wir werden jederzeit bereit sein, was in unsere Kräfte steht, beizutragen, damit sie vorwärts kommen. Unsere Solidarität ist ihnen gewiß. Hoch die Organisation!

Korrespondenzen.

Kollegen! Vergesst der Ausgesperrten nicht!

Wegen Mangel an Raum wurden zurückgestellt: Köln, Leipzig u. A.

Zur Beachtung! Die geehrten Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalen Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

Hannover. Auch in Polen wird die Organisation der Brauer auf das eifrigste betrieben. Es werden in der nächsten Zeit dortselbst Flugblätter in polnischer Sprache unter den Brauereiarbeitern verbreitet, worin auch eine Schilderung der deutschen Verhältnisse und der Organisation, sowie ein „Aufruf zur Organisation“ von unserem Vorsitzenden, Kollegen Wiche, Aufnahme finden sollen. Hoffen wir, daß sich die polnischen Brauereiarbeiter ebenfalls der Nothwendigkeit des Kampfes um ein besseres Dasein bewußt werden, damit wir bald sagen können, die Brauereiarbeiter sind überall in die Reihen des Proletariats getreten gegen die Unterdrückung des Kapitals.

In der Mitglieder-Versammlung vom 22. August beschloß die Versammlung, daß der Preis eines Kranzes für ein verstorbenes Mitglied 10 Mark nicht übersteigen darf. Nach der Wahl eines Vergütungskomitees verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Gastwirths Meinede, „Altes Kleblatt“, worin derselbe um Zurückverlegung des Brauerwahlrechts nach seinem Lokale bittet. Sämmtliche Kollegen, welche hierzu sprachen, erklärten sich für Beibehaltung des jetzigen Lokals; doch wurde darüber Klage geführt, daß, seitdem die Herberge der Schlachter-Innungsgesellen nach unserem Lokale verlegt sei, die Ruhe und Ordnung dort erheblich gelitten habe. Hieran fand eine längere Debatte über die Abhaltung des diesjährigen Delegirtentages statt. Die Versammlung beschloß: in der Erwägung, daß von dem Ausgange der jetzigen Bewegung in unserem Gewerbe ein Theil der Beschlüsse des Delegirtentages abhängig ist, denselben bis nach Beendigung der Bewegungen in Braunschweig und Berlin zu verschieben und ihn dann in Berlin abzuhalten. Ferner erklärt sich die Versammlung mit den weiteren Beschlüssen des Gesamtvorstandes in Betreff des Delegirtentages einverstanden. — Kollege Wiche lieferte dann noch einen längeren Bericht über die Situation in Berlin und Braunschweig, den baldigen Sieg der Arbeiterschaft in Aussicht stellend. Er wies auch darauf hin, daß manche arbeitslose Kollegen sich in den Brauerband aufnehmen ließen, ohne ihr Eintrittsgeld zu bezahlen, und dann auf Grund ihres Buches sich Unterstützungen zu verschaffen suchten. Es soll deshalb der Delegirtenstag darüber beschließen, ob es nicht besser sei, nur Kollegen, welche in Arbeit sind, ein Mitgliedsbuch auszustellen. Kollege Schuert berichtete über die Beendigung der Lühdecker Bewegung. Ueber das Bürgerliche Brauhaus hier wird mitgetheilt, daß dort bei 8 Barschen zur Zeit drei Lehrlinge beschäftigt seien, während noch ein vierter bald kommen würde, doch sei von den Barschen noch keiner entlassen. Nachdem sich die Anwesenden noch für die weitere Unterstützung der Kranken Kollegen R. und G. ausgesprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Ausschaffenburg. Ueber die Verhältnisse in den hiesigen Brauereien ist schon früher des Oesteren geschrieben worden, nachdem auch hier eine große Anzahl Kollegen zu der Erkenntniß gelangt waren, daß ohne ihr Zutun die traurigen Arbeitsbedingungen nicht beseitigt wurden, sondern sie selbst dafür arbeiten mußten. Sie gründeten eine Organisation und suchten unter einander Fühlung, um den Kampf um's Dasein zu führen. Vorige Woche nun waren die Kollegen Wittich und Gikwirth aus

Frankfurt a. M. hier und nahmen mit der Direktion der hiesigen Brauereigesellschaft Rücksprache, ob sie nicht die Arbeitsbedingungen etwas verbessern wollte. Das Ergebnis der Unterhandlung war, daß die Kollegen von nun an nur 10% Stunden täglich zu arbeiten brauchen. Der Lohn beträgt per Monat 85 M., die du jour wird mit 2 M. vergütet, Ueberstunden werden mit 40 resp. 30 Pf. bezahlt.

Wir freuen uns aufrichtig, daß die Leitung des Zweigvereins Frankfurt und der Kollege Wittich sich in so kollegialer Weise ihrer Arbeitsbrüder der Umgebung von Frankfurt annehmen. Es gereicht dem Zweigverein gewiß zur Ehre, daß er sich die größte Mühe giebt, nicht allein in der eigenen Stadt alle unter einer Fahne zusammenzufassen, sondern weit über das Reichbild hinaus hat sich seine Thätigkeit erstreckt. Das Solidaritätsgefühl, das Bewußtsein, treu zur Organisation zu halten, welche die Brauereiarbeiter Frankfurts umfaßt, mögen sich alle Kollegen, auch die Aschaffenburg zum Beispiel nehmen. Die Organisation ist der Fels der Zukunft. Wahres Bewußtsein der Zusammengehörigkeit muß die Brauereiarbeiter befehlen, dann wird sich unsere Lage auch weiter verbessern und wir werden der Wucht der kapitalistischen Produktionsweise mit Hilfe der übrigen Arbeiter zu widerstehen vermögen.

Bohum. In der am 19. August stattgefundenen Versammlung wurde über die Anträge zum Delegiertentage beraten. Aufgestellt waren folgende Punkte: 1. Sämtliche Bahnhöfe sind verpflichtet, einen lokalen Streikfonds zu gründen. — 2. Um den Verband sowie dessen Mitglieder vor unnötigen Ausgaben zu schützen, findet alle zwei Jahre ein Verbandstag statt und werden die Kosten hierfür nach wie vor aus der Verbandskasse gedeckt. Der Verbandsvorsitzende ist nicht ermächtigt, den Beschluß eines Delegiertentages aufzuheben. — 3. Bei etwa eintretenden Streiks oder Aussperrungen sind sofort Sammellisten auszugeben und die Streikenden resp. Aussperrten auf unbestimmte Zeit gegen § 8 des Streikreglements zu unterstützen. — 4. Romane sind aus der Zeitung fortzulassen, damit keine Berichte zurückgestellt zu werden brauchen. — 5. Mit dem Fachverein der Schweiz in internationale Verbindung zu treten. — 6. Arbeitslose Kollegen dürfen nicht in den Verband aufgenommen werden. — Sämtliche Anträge wurden, nach zum Teil lebhafter Debatte, angenommen. Nach dem Beschluß, die ausgesperrten Kollegen kräftig zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Barmen. Am Sonntag, den 25. August, fand im Vereinslokale die regelmäßige Monatsversammlung statt. Der 1. Punkt der Tagesordnung war die Abrechnung der Sammellisten von der Brauereiarbeiterbewegung Elberfeld-Barmen. Auf 33 Sammellisten sind 180 M. 5 Pf. eingegangen. Die Ausgabe (Entschädigung für Delegierte der Gewerkschafts-Kommission, Lohnkommissions-Mitglieder der Brauereiarbeiter und Gemahregelte) belief sich auf 115 M. 23 Pf., mithin bleibt ein Ueberschuß von 64 M. 82 Pf. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. Da die Lokalkasse ein Defizit aufzuweisen hat, wurde das auf Barmen entfallende Theil von 32,41 M. derselben zugewiesen. Außerdem sind in dem gleichen Zeitraum von den Brauereiarbeitern Barmens für die Aussperrten in Berlin und Braunschweig 216 M. 30 Pf. eingegangen, die folgendermaßen an den Verbandsvorsitzenden abgefordert worden sind: 25. Juni 25 M., 13. Juli 33 M., 17. Juli 60 M., 28. Juli 50 M. und am 21. August 48 M. 30 Pf. Beim 2. Punkt: „Ergänzungswahl der Vertrauensmänner“ sind hervorgegangen: Genosse Haag für Brauerei Barmen, Schultes für Otto Hollmann und Streiber für Fr. W. Hollmann. Die Vertrauensmänner wurden erwählt, künftighin für pünktlichere Einziehung der Monatsbeiträge Sorge zu tragen, damit der Zweigverein dem Verbands gerecht bleiben kann. Dann wurden die Anträge von Hanau und Frankfurt a. M., behufs Abhaltung des Verbandstages im Oktober, diskutiert. Es wurde betont, daß es nicht angängig sei, in der jetzigen hochbewegten Zeit den Verbandstag abzuhalten, da die beiden wichtigsten Kämpfe Vieles in sich bergen, was nach deren Entscheidung dem Verbandstage von großer Bedeutung wäre. Mit allen gegen 1 Stimme wurde die Stellung des Verbandsvorstandes acceptirt. Hierauf hielt Genosse Janschowsky einen Vortrag über das „Privat-Eigentum“, der heftigst aufgenommen wurde. Eine Diskussion über den skizzenartig gehaltenen Vortrag wurde nicht beliebt. Hierauf brachte man „eine sein sollende Maßregelung“ zur Sprache, die eine heftige Debatte nach sich zog, welche damit endete, daß eine dreigliedrige Kommission diese Angelegenheit untersuchen und regeln, eventuell eine öffentliche Versammlung einzuberufen sollte. Nachdem ein Fiskalmitglied bekannt gegeben, daß das Elberfeld-Barmener Brauereivergügen, dessen Ueberschuß für die Aussperrten bestimmt ist, am 16. September im Victoria-Theater stattfindet, erfolgte Schluß der Versammlung.

Anmerkung des Protokollverfassers. Bis jetzt hat der Zweigverein Barmen sämtliche Klagen der Mitglieder angehört und untersucht und wird es auch künftighin thun, verwahrt sich jedoch ganz entschieden gegen Klagen, deren Wahrheit zweifelhaft ist. Nach der letzten Erfahrung ersuchen wir, uns mit unmaßigen, leichtsinnigen Klagen zu verschonen. Wir bemerken ausdrücklich, daß Pflichtvergessenheit keine Rechte nach sich zieht. Unsere Lösung ist und muß bleiben: „Gerecht in Arbeit, stark im Kampfe.“

Frankfurt a. M. In der Mitgliederversammlung am Freitag, den 17. August, die von ca. 180 Mitgliedern besucht war, sprach zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Herbergsweiser“ Kollege Kagerl, welcher mittheilte, daß das hiesige Gewerkschaftslokale den Antrag, hier eine eigene Herberge mit Vereinshaus zu gründen, den verschiedenen Gewerkschaften zur Stellungnahme unterbreitet habe. Nach längerer Debatte, an der sich verschiedene Kollegen beteiligten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Grünen Wald“ tagende, gut besuchte Versammlung des Zweigvereins Frankfurt a. M. bringt dem Antrage des Gewerkschaftslokals, eine Centralherberge mit Vereinshaus zu errichten, ihre volle Sympathie entgegen und wird einem event. Beschluß des Gewerkschaftslokals, einen Fonds zu diesem Zwecke zu gründen, gern ihre Zustimmung erteilen.“ Zum 2. Punkt: Anträge zum Delegiertentag, wurde über den Antrag des Kollegen Thürier debattirt und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Antrag, den Delegiertentag ein paar Tage vor dem Parteitag in Frankfurt a. M. abzuhalten, voll und ganz einverstanden, da hierdurch manchem Delegierten die Gelegenheit geboten ist, dem Parteitag beizuwohnen zu können. In diesem Interesse ersuchen wir die anderen Zweigvereine, dazu Stellung zu nehmen und diesem Antrage zuzustimmen.“ Unter „Verschiedenes“ wurde über den Vorschlag des Verbandsvorsitzenden Wiehle: „Die Zeitungen für die Mitglieder, welche in den Brauereien auf dem Sachsenhäuser Berg beschäftigt sind, an Kollegen Staudenmeyer zu senden,“ debattirt und hierauf der Vorschlag angenommen. Nachdem noch Kollege Kagerl über den gegenwärtigen Standpunkt der Mitglieder in Betreff des Arbeitsnachweises referirt hatte, bedauerte Kollege Wittich, den Kommissionsbericht über die Verhandlungen mit der Aschaffenburg-Gesellschaftsbrauerei wegen vorgerückter Zeit nicht mehr erstatten zu können. Kollege Riedel theilt mit, daß für die Zukunft nur noch von Seiten des Kassiers oder dessen Stellvertreter Bücher ausgestellt werden dürfen. Kollege Wittich rügte, daß noch keine Berliner Sammellisten an die Gewerkschaften ausgeht worden sind. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Kassel. Am 16. August fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete nach Eröffnung derselben über die Unterhandlung mit der hiesigen Akt.-Brauerei. Es seien sämtliche organisierte Leute wieder eingestellt. Ein anderer Kollege sprach über die Brauerei Herberge in Kassel und gab noch bekannt, wie durch die dort ankommenden Briefe und Postkarten, auf welchen nur junge Burschen von 17—20 Jahren verlangt werden, gerade der Beweis erbracht werde, daß man nur junge, billige und gefügige Arbeitskräfte haben wolle. Die älteren Kollegen würden dadurch immer mehr hinten an gesetzt und müßten schließlich andere Arbeit suchen und anderen Arbeitern Konkurrenz machen. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch mehrere Kollegen; es wurde besonders gewünscht, daß die jüngeren Leute einsehen lernten, daß auch sie älter werden und ihnen dann dasselbe passieren könnte, wie heute den älteren Kollegen. Nur durch eine gute Organisation, der alle Kollegen angehörten, sei es möglich, dies zu beseitigen. Es könne dann ein Arbeitsnachweis errichtet werden, durch welchen den Arbeitgebern die Leute der Reihe nach zugewiesen würden, wie sie eingetragen, ob alt oder jung; dazu solle und müsse ein jeder mithelfen. Genosse Dettmering forderte sämtliche Kollegen auf, nur weiter so ruhig fortzuarbeiten und auszuharren wie bisher, stießen sie dann auf Schwierigkeiten, dann würden die Arbeiter Kassel's helfen, jene zu beseitigen, ruhig, aber stetig müsse gearbeitet werden. Es wurde beschlossen, ev. einen Arbeitsnachweis zu errichten. Ferner soll noch ein Fest abgehalten werden. Das Nähere über die letzten zwei Punkte soll in der nächsten Versammlung besprochen werden. Nachdem noch 3 M. für die Aussperrten gesammelt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Köln a. Rh. Am Sonntag, den 12. August, fand unter dem Vorsitz des Kollegen Unruh eine außerordentliche Generalversammlung der Zweigvereine Mühlheim a. Rh. und Köln statt. Die verschiedenen Anträge zum Delegiertentage wurden meistens angenommen. Ferner wurde Kollege Tönnessen als Delegirter erwählt. Schließlich wurden 10,05 M. für einen bedürftigen Kollegen gesammelt, der sich um unsere Sache verdient gemacht und der Unterstützung für würdig befunden wurde.

München. In der am Freitag, den 24. August, stattgefundenen öffentlichen Versammlung erstattete Kollege Boge Bericht über die Stellung der Brauereien zu den gestellten Forderungen. Mit Hilfe der übrigen Gewerkschaften und der Kommission, welche die damalige Volksversammlung gewählt, haben ohne ersten Kampf die Forderungen bewilligt die Löwen-, Spaten-, Kocher-, Högner-, Leiß-, Union-, Bürger-, Thomas-, Gaden-, Augustiner-, Zacherl- und Münchner Kindl-Brauerei. Einzelne haben nur die Hauptforderungen, betreffs Arbeitszeit etc., anerkannt. Allerdings lauge man heute in mehreren Brauereien an, das gegebene Wort nicht inne zu halten. In der Diskussion wurde namentlich die Schuld hieran den Oberburschen in die Schuhe geschoben, auch müssen die Kollegen selbst mehr Energie zeigen, daß das Versprochene auch gehalten werde. Nach einem Vortrage des Genossen Buchdrucker Kiefer über den Nutzen der Organisation und einer sich daran knüpfenden Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem vorstehenden Bericht ersehen wir wieder, wie Versprechen und Halten zweierlei, und wie die Oberburschen sich gegen Verbesserungen ihrer eigenen Verhältnisse auflehnen, sie himfälliger zu machen suchen. Wir sehen es, und haben bereits schon vor Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß ohne feste Organisation und dem nöthigen Klassenbewußtsein es schwer ist, das Errungene zu erhalten. Mögen unsere Münchner Kollegen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln das Errungene vertheidigen; mögen die Kollegen in den Brauereien fest zu einander stehen, hier heißt es, Kollegialität zeigen, aber frei und offen sein Recht vertreten, nicht zaghaft, sondern mit dem Bewußtsein, daß es ihnen von Rechtswegen zusteht. Wenn alle Kollegen ihre Kraft der Organisation widmen, dann wird man an dem einmal Gegebenen nicht mehr rütteln können.

Graz. Hier selbst waren vor einiger Zeit die Binder der ersten Grazer Aktien-Brauerei und der Binderei Stöger in Streik getreten, weil sie so schlechtes Bier erhalten hatten und zwei Kollegen gemahregelt waren. Sie stellten dann ihre Forderungen, 2 Gulden Lohnerhöhung und besseres Bier; als dies abgelehnt wurde, hatten sie die Arbeit ein-

gestellt. Nach achtstägigem Kampfe hatten sie gesiegt. Vier Streikbrecher hatten sich gefunden, Kolbi, Herzl, Weichner und Schalamann, welche geglaubt, die Forderungen illusorisch machen zu müssen. Auch einige Mäzger waren so kollegialistisch und verrückelten die Arbeit der Binder, jedenfalls aus Mangel an Kenntniß, was ein solcher Kampf bedeutet, oder aber um selbst eine Aufbesserung zu erhalten. Die Binder von der Brauerei Kleinwiesenthal erzielten 4 Gulden Aufbesserung, so daß der Lohn jetzt wenigstens 42—45 Gulden monatlich beträgt. Auch die Brauer und Hilfsarbeiter erzielten eine Erhöhung ihres Lohnes, trotzdem einige Kollegen dabei waren, die nichts von Forderungen wissen wollten. Wären die Arbeiter in Graz nicht so auf dem Posten gewesen, hätten sie uns nicht ihre Unterstützung zugesagt, wir hätten nichts erhalten.

Am 12. August fand eine große Brauerverammlung statt, in welcher der steiermärkische Unterstützungsverein in einen Gewerkschaftsverein umgewandelt wurde. Die Versammlung fand unter großer Theilnahme statt und hoffen wir dadurch einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan zu haben. Es regt sich nun auch hier, der ausgesperrte Same beginnt aufzugehen und bald werden die Brauereiarbeiter der Steiermark vollständig in den Reihen der übrigen kämpfenden Arbeiter stehen, zum Kampfe gegen den Vampyr „Kapitalismus“, trotzdem sich auch hier die Bundeskante Eingang zu verschaffen sucht.

Dresdener Erpressungsprozess.

Am Mittwoch, den 22. August, hatte sich die zweite Ferienkammer des Dresdener Landgerichts in öffentlicher Verhandlung mit diesem prozessualen Novum zu beschäftigen. Wir geben nachfolgend eine zusammenhängende Darstellung der Ereignisse, die zu dem Prozesse geführt haben, wie auch des bisherigen Verlaufs gegen die Angeklagten.

Im Anfang März d. J. setzten sich die Angeklagten Eichhorn und Findeisen als Vorsitzende des „Sozialdemokratischen Vereins für Dresden-Alstadt“ mit der Waldbischlöcherbrauerei in Verbindung, um zu erlangen, daß der ausgeleihte Waldbischlöcherpark uns zur Weisung zur Verfügung gestellt werde. Nach etwa sechs-wöchigem Hin- und Herziehen, währenddessen vom Pächter des Parks wie von der Direktion die verschiedenartigsten Ausflüchte gemacht worden waren, um eine bestimmte Erklärung zu vermeiden, sah endlich die Direktion keinen Ausweg mehr und sie erklärte nun rund heraus, daß sie den Park nicht hergebe. In einer Versammlung, die am 15. April im Feinmonatle abgehalten wurde, theilte Genosse Eichhorn das negative Resultat der Verhandlungen mit. Darauf erschien in der „Sächs. Arbeiterzeitung“ mit dem Datum des 18. April ein Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, kein Waldbischlöcherbier zu trinken, weil die Brauerei den Park nicht zur Weisung herzugeben habe. Die Folge war, daß Rechtsanwalt Gerlach, Mitglied des Aufsichtsrathes der Waldbischlöcherbrauerei, sich schriftlich an Eichhorn wandte und ihn „zur Aufklärung der Sache“ um seinen Besuch bat. Eichhorn leistete der Einladung Folge, es kam jedoch zu keiner Verständigung; Eichhorn verlangte selbstverständlich bedingungslos die Hergabe des Parks und Herr Gerlach ging darauf nicht ein. Diese erfolglose Unterredung hatte aber einen anderen Erfolg; noch am selben oder am folgenden Tage (in der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ berichtet unter 20. April) wurden 26 Brauer entlassen, angeblich, weil die Mälzerei zu Ende sei, nach Direktor Bier's Erklärung dagegen wegen Unbotmäßigkeit. Merkwürdiger Weise befanden sich unter den Entlassenen sämtliche Mitglieder des Brauerfachvereins, darunter Leute, die 3, 4 und 6 Jahre in der Brauerei beschäftigt gewesen waren. Es folgten nun noch mehrere Unterredungen zwischen Eichhorn und Findeisen einerseits und Herrn Rechtsanwalt Gerlach und Herrn Direktor Bier andererseits, wobei nun auch, insbesondere in einem Briefe vom 22. April, die Forderung gestellt wurde, daß die entlassenen Brauer wieder eingestellt würden, da die Entlassung zweifellos als eine Maßregelung anzusehen war. Am 25. April erschien der zweite Beshottaufruf. Jetzt wandte sich Direktor Bier durch Vermittlung des Besitzes der Loschowitz-Brauerei, Herrn Bachmann, an Gradnauer, ihn um seine Vermittlung ersuchend. Gradnauer erklärte sich nach längerem Bögern auf Drängen Bachmann's bereit, mit Bier zu unterhandeln und theilte diesem auf Verlangen schriftlich mit, daß er zu einer Unterredung bereit sei. Bier kam in Folge dessen am zweiten Pfingstfeiertag, 14. Mai, zu Gradnauer in die Redaktion und dort fand die Unterredung statt. Im Laufe derselben erklärte Gradnauer dem Bier, daß er keine Vollmachten zu irgend welchen Vereinbarungen habe, daß er aber seine Vorschläge den Parteigenossen mittheilen wolle. Hier brachte selbst das Gespräch auf die Forderung der Wiedereinstellung der entlassenen Brauer und meinte, daß er dem nicht nachgeben könne, da es sich um ausschlaggebende Elemente handle. Gradnauer stellte gar keine Forderungen, er theilte den Vorgang bloß den Parteigenossen mit und dann schrieb er nochmals an Bier, daß die Parteigenossen bereit seien, mit ihm weiter zu verhandeln. Es fanden aber keine weiteren Verhandlungen statt. Am 30. Mai erschien abermals ein Beshottaufruf, mit dem gleichzeitig eine größere Anzahl von Geschäften bekannt gemacht wurden, die Waldbischlöcherbier führten.

Jetzt trat der Staatsanwalt auf den Plan. Rechtsanwalt Gerlach wandte sich an diesen und nahm mit ihm Rücksprache wegen des letzten Aufrufs. Gerlach sowohl wie Bier gaben bei der Staatsanwaltschaft Erklärungen ab über die bisherigen Verhandlungen und Bier beschwerte sich namentlich über die großen Verluste, die die Brauerei schon gehabt habe. Hier scheint nun die Erpressungs-idee ausgeklügelt worden zu sein. Am 2. Juni ersuchte der Staatsanwalt — nicht etwa den Amtsrichter um Erlaß eines Haftbefehls — sondern die Polizeidirektion um sofortige Festnahme Eichhorn's, Findeisen's und Gradnauer's, weil sie der versuchten Erpressung dringend verdächtig seien. Die drei wurden dann auch sofort festgenommen und dem Amtsrichter vorgeführt und dann auf Antrag der Staatsanwaltschaft richterlicher Haftbefehl gegen sie erlassen mit der Begründung, daß sie der versuchten Erpressung dringend verdächtig seien und in Rücksicht auf die zu erwartende Strafe Fluchtverdacht wie auch Kollisionsgefahr vorliege. Der bestellte Untersuchungsrichter beschloß sodann die Voruntersuchung und die Fortdauer der Untersuchungsgefahr, und daran wurde auch durch die bis an's Oberlandesgericht verfolgten Haftbeschwerden nichts geändert.

Für die Annahme des dringenden Verdachts der versuchten Erpressung, namentlich bei Gradnauer, wurden die Aussagen des Herrn Bier ins Feld geführt, der Anfangs gesagt hatte, Gradnauer habe auf der Forderung der Wiedereinstellung der Brauer bestanden und dem Bier gesagt, wenn die Brauerei nicht nachgäbe, würde sie schon sehen, was die Arbeiter vermöchten. Ja, nach Gerlach soll Gradnauer sogar von der Brauerei verlangt haben, daß sie in Zukunft nur die sozialdemokratischen Parteileitung empfohlenen Arbeiter anstelle. Gradnauer bestritt von vornherein ganz entschieden diese Darstellung und bekannte sich stets nur zu dem, was wir im Eingang unserer Darstellung bereits über seine Thätigkeit mitgetheilt haben. Darauf wurde dann Bier nochmals am 9. Juni vor dem Untersuchungsrichter geladen, statt seiner kam aber die Mittheilung, daß er nach Karlsruhe verreist sei. Auf telegraphische Ladung theilte er mit, daß er krank sei und nicht reisen könne; am 14. Juni endlich erscheint Herr Bier auf wiederholte Ladung und macht Aussagen, die mit seiner ersten Aussage im Widerspruch stehen sollen, er wurde deswegen auch eidlich vernommen. Er selbst erklärte aber, in seinen Aussagen

